

Gemeindefinanzreform

Seit Monaten können wir es in den Medien verfolgen: Vielen unserer Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals. Tamm geht es bisher zwar noch verhältnismäßig gut, andere Gemeinden hat es schon jetzt schlimm erwischt. In Steinheim z.B. werden ab 1 Uhr die Lichter ausgeschaltet – eine Kommune im Dunkeln, um einige Euro einzusparen!

Wie konnte es so weit kommen? Da das Aufkommen aus der stark konjunkturabhängigen Gewerbesteuer, die eine wichtige Finanzierungsquelle der Städte und Gemeinden darstellt, überproportional gefallen ist, hat dies in vielen unserer Kommunen zu katastrophalen Steuerausfällen geführt. Dazu kommt, dass eine Umverteilung der Lasten von oben nach unten erfolgt, vom Bund auf die Länder, von den Ländern auf die Kreise und Kommunen. Die Kreisumlage steigt 2004 auf 36 Punkte - und auch die Region fordert ihren Tribut. Und leider gilt nicht der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“, vielmehr sind es häufig die Kommunen am Ende der Fahnenstange, für die dann gilt „den letzten beißen die Hunde“. Die Kommunen haben nur begrenzte Möglichkeiten, etwas an ihrer finanziellen Misere zu ändern. Auf der Einnahmenseite wären dies z.B. die Erhöhung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer – mit dem Ergebnis, dass ein Gewerbebetrieb sich dann vielleicht eher in der günstigeren Nachbargemeinde ansiedeln würde.

Eine Gemeindefinanzreform ist daher mehr als notwendig. Die Regierung beabsichtigt, die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer umzuwandeln, in die auch Freiberufler einbezogen werden. Dies ist auch richtig so. Auch der Freiberufler profitiert von der durch die Kommune geschaffenen Infrastruktur, die nur möglich ist, wenn die Gemeinde über finanzielle Mittel verfügt. Außerdem ist eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage von 29 % auf ca 20 % vorgesehen, die die Kommunen nicht an

den Bund und die Länder abführen müssen. Damit auch Großunternehmen wie Daimler-Chrysler wieder Steuern bezahlen, sollen Lücken im Gewerbesteuerrecht geschlossen werden. Auch durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe will die Bundesregierung die Kommunen entlasten. Die Reform der Gewerbesteuer entspricht in hohem Maße den Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbänden im Bund und in den Ländern und soll die Kommunen jährlich um ca. 3 Mrd. Euro entlasten. Dennoch wurde der Gesetzentwurf im November im CDU dominierten Bundesrat abgelehnt und befindet sich jetzt im Vermittlungsausschuss. Teile der CDU wollen statt des Gesetzentwurfs das BDI-Modell, das die Abschaffung der Gewerbesteuer und dafür einen kommunalen Hebesatz auf die Einkommensteuer vorsieht. Was wäre die Folge? Keine Gemeinde würde mehr Gewerbegebiete für Kleinbetriebe und Mittelständler ausweisen, der Beitrag der Wirtschaft zu den Gemeindefinanz würde von jetzt gut 52 % auf ca. 36 % absinken, der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer von jetzt knapp 48 % auf etwa 64 % ansteigen; eine solche Umverteilung der steuerlichen Belastung wird von der SPD entschieden abgelehnt. Auch die Präsidentin des deutschen Städtetages, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth (CDU), appellierte an den Bundesrat, die Gesetzesvorschläge des Bundestages zur Gemeindefinanzsteuer und zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht zu kippen – ohne Erfolg, wie wir inzwischen wissen. Nachdem der Druck aus den Kommunen zwischenzeitlich allerdings zunimmt, ist zu hoffen, dass noch in diesem Jahr eine Entscheidung fallen wird und die Länder auf Bundesebene ihre Blockadehaltung aufgeben. Im Interesse der Kommunen hoffen wir, dass die Entscheidung zugunsten der Gesetzesvorlage der Bundesregierung fällt, die in weitgehender Übereinstimmung mit den Kommunalverbänden in Bund und Land erarbeitet wurde.

Noachgfroagt:
**„Dua, I han gheert mir griaget
 en schwebenda Biergersaal“**



**„Ha, no basst er ja zo onsera
 Obere. Die händ au scho lang
 da Boda ondr de Fiaß verlora.“**

Infos zur Steuer- und Abgabenlast:

Die Steuerquote (Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt) betrug 1970 23,5%, im vergangenen Jahr 23%. 1970 gab es aber kein Getöse um unverschämte hohe Steuern

Die Abgabenquote betrug in Deutschland 2001 etwa 45%, im EU-Durchschnitt waren es 46%. Ist Deutschland immer schlusslicht?

Und das bekommen Sie für Ihre Steuern: Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Straßen, Busse und Bahnen, Polizisten, Bundeswehr, Museen, Theater, Krankenhäuser, Sporthallen,

Wochenmarkt auf der Hohenstange

Nun ist er tatsächlich wahr geworden, der Wochenmarkt auf der Hohenstange. Als die Idee vor fast zwei Jahren beim 12. Tammers Gespräch der SPD mit dem Thema „Zukunft des Einkaufszentrums Hohenstange“ geboren wurde, glaubte fast niemand so recht daran, daß hier im Lande des Sankt Bürokratus ein Konzept so schnell umgesetzt würde.

Wie Bürgermeister Maisch anlässlich der Eröffnung gegenüber der Presse richtig bemerkte, hat „der fehlende Metzger den Anstoß für die Einrichtung eines Wochenmarktes“ gegeben. Gemeint war dabei ursprünglich die Frischfleischversorgung auf der Hohenstange. Diese gibt es aber leider immer noch nicht – auch nicht auf dem Wochenmarkt. Dies ist um so bedauerlicher, als Gerüchten zufolge in der letzten Zeit mehrere Interessenten für das leerstehende Metzgergeschäft im Einkaufszentrum wegen offensichtlichen Desinteresses des Vermieters nicht zum Zuge gekommen sind. Überhaupt scheint, wie man hört, bei der Vermietungsgesellschaft organisatorisch nicht alles zum Besten zu stehen.

Doch genug der Kritik, freuen wir uns einfach über den Wochenmarkt, der, wie jeder selbst feststellen kann, nicht nur ein gesuchter Handelsplatz sondern auch ein beliebter Treffpunkt für die Bürger zu werden scheint, wo man auch mal ein „Schwätzle“ halten kann. Was bei der Planung des Einkaufszentrums einmal angedacht war, aber nie Wirklichkeit wurde, der Wochenmarkt scheint es nun möglich zu machen. Vielleicht bringt eine erneute Ausschreibung der Gemeinde doch noch einen Frischfleisch-Metzger auf den Markt. Dabei ist wichtig, dass lokale und regionale Anbieter die Chance erhalten, ihre Produkte an den Kunden zu bringen; denn steht erst einmal der geplante Riesen-Edeka-Markt hinter dem Rathaus, hat der bodenständige Handel nur noch wenig Grund zur Freude.

***Patrioten
 zahlen Steuern
 in Deutschland***

*hairstyling
 for you*

COIFFEUR HAIR CUT
Haarverlängerungen und Perücken

Karl-Heinz und Stefanie Faude
Ulmer Straße 8
71732 Tamm-Hohenstange
Telefon 07141 / 60 27 22